



NEWSLETTER 10/2012

FORUM|MIGRATION



GoodwinDan / photocase.com

Ausbildungsplatzgarantie

Forderung von DGB, GEW und Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Am 1. September hat das neue Ausbildungsjahr begonnen. Trotz leichter Entspannung haben zahlreiche Jugendliche immer noch kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Deshalb fordern der DGB, die GEW und der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit in einem Aufruf eine Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen. Zur Begründung erklärt die stellvertretende DGB Vorsitzende Ingrid Sehrbrock: „Noch immer sind fast 300.000 junge Menschen in den Warteschleifen des Übergangssystems, ohne Aussicht auf eine abgeschlossene Ausbildung. Vor allem Hauptschüler und Hauptschülerinnen haben schlechte Chancen. Die faktische Abschottung der Hälfte der Ausbildungsberufe für niedrigere Bildungsabschlüsse muss ein Ende haben.“

In dem Aufruf beklagen die Verbände die Untätigkeit der Unternehmen: „Die Ausbildungsquote der Betriebe ist 2011 noch weiter gesunken (auf 22,5 %), das heißt der Anteil von ausbildenden Betrieben an allen Unternehmen geht zurück und ist damit auf einen neuen Tiefpunkt.“

Dass Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders betroffen sind, geht aus einem parallel zum Aufruf veröffentlichten Positionspapier des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit hervor: „Langfristig bleiben immer noch 31,6 % der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ohne qualifizierten Berufsabschluss – mehr als doppelt so viele wie bei den Jugendlichen ohne Einwanderungsgeschichte (14,9 %).“ Die geforderte Ausbildungsgarantie soll in den Sozialgesetzbüchern verankert werden.

Ebenfalls im September hat der DGB seinen siebten Ausbildungsreport veröffentlicht. Anhand verschiedener Kriterien – etwa Arbeitszeiten, Vergütung und fachliche Anleitung – wird darin untersucht, was gut läuft und was nicht. Ein Ergebnis: Da, wo Missstände bereits früher sichtbar waren, hat sich kaum etwas zum Besseren bewegt, dies gilt zum Beispiel bei der fehlenden Vergütung von Überstunden oder der Verrichtung ausbildungsfremder Tätigkeiten.

Die erwähnten Dokumente können heruntergeladen werden:
www.migration-online.de/ausbildungsplatzgarantie
www.migration-online.de/migration_und_ausbildung
www.migration-online.de/ausbildungsreport

INHALT 10/2012

Ausbildungsplatzgarantie	1
Staatsangehörigkeit: Evaluierung des Optionsmodells	2
Forschungsaufenthalt in Deutschland	2
Nettozuwanderung	2
Internationaler Austausch	3
Diskriminierung beeinträchtigt Integration	3
Klaus J. Bade als SVR-Vorsitzender verabschiedet	3
Termine	3
Jugendliche mit Migrationshintergrund in Ausbildung – mancherorts Entspannung, aber noch lange keine Entwarnung – Kommentar von Dr. Mona Granato, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn	4
Feiertage	4



Staatsangehörigkeit: Evaluierung des Optionsmodells

**Innenministerium und Interkultureller Rat
sehen die Ergebnisse unterschiedlich**

Zwar werden erst 2013 die ersten Optionsverfahren für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern abgeschlossen, dennoch konnte das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) am 22. Juni 2012 mit den Studien „Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen“ und „Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen“ erste Ergebnisse zur Evaluierung der Optionspflicht vorlegen.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen der Berichte zählt das Bundesministerium (BMI), dass sich über 98 Prozent der Optionspflichtigen für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden und sich durch die Entscheidungspflicht nur 5,6 Prozent verunsichert fühlen, obwohl etwa 20 Prozent der Befragten die Einbürgerungsforderungen für zu hoch erachten. Weiterhin stellte das BMI fest, dass erhebliche Wissenslücken bezüglich des Verfahrens und der Mitwirkungspflicht der Betroffenen vorhanden sind und sich dementsprechend die Befragten eine bessere



paula_clausen / photocase.com

Zugänglichkeit zu den Informationen in mehreren Sprachen wünschen.

Aufgrund der Ergebnisse sieht Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich keinen akuten gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Er will jedoch auf erkennbare Probleme, wie die schlechte Kenntnislage der Optionspflichtigen, reagieren und unter anderem das Informationskonzept verbessern lassen.

Anders sieht das der Interkulturelle Rat, der schon am 26. Juni mit einer Pressemitteilung auf die ersten

Berichte reagierte. Darin erklärte Geschäftsführer, Torsten Jäger: Die Optionspflicht „wird von den Betroffenen weder verstanden noch akzeptiert und ist angesichts der fast schon regelmäßigen Hinnahme von Mehrfachstaatsangehörigkeiten bei der Einbürgerung vollkommen überflüssig“. Deshalb fordert der Interkulturelle Rat die ersatzlose Streichung der Optionspflicht. Weitere Gründe für eine Ablehnung sieht der Interkulturelle Rat im immensen bürokratischen Aufwand und in der Wahrnehmung der Betroffenen, die sich, wie Jäger betont, durch die Optionspflicht als „Deutsche 2. Klasse“ fühlen.

Forschungsaufenthalt in Deutschland

BAMF-Flyer informiert zum Thema

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlichte im August 2012 einen Flyer mit allen wichtigen Fragen für ausländische Wissenschaftler, die einen Forschungsaufenthalt in Deutschland planen oder bereits dabei sind und einen Aufenthalt

nach Paragraf 16 oder 20 des Aufenthaltsgesetzes anstreben. Die rechtliche Grundlage des Forschungsaufenthalts ist die Richtlinie 2005/71/EG, die 2007 in nationales Recht umgesetzt wurde. Der Vertrag mit der Forschungseinrichtung stellt hierbei somit einen rechtlichen Anspruch auf einen Aufenthalts-titel dar.

Weitere Informationen zum Thema Ehegatten, die Anerkennung der Forschungseinrichtung, Einreise und Aufenthalts-titel, sowie nötige Unterlagen finden sich in deutscher und englischer Sprache im Internet unter:

www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/forschungsaufenthalte-deutsch.html

Nettozuwanderung

Nettozuwanderung aus den am 1. Mai 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten (EU 8) in die alten Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Luxemburgs) 2004 bis 2009

	Zahl absolut (2004–2009)	Anteil an der Bevölkerung (2004) in %
Belgien	33.328	0,3
Dänemark	23.557	0,4
Deutschland	135.368	0,2
Irland	150.729	3,7
Griechenland	4.577	0,0
Spanien	97.113	0,2
Frankreich	12.392	0,0
Italien	82.766	0,1
Niederlande	46.110	0,3
Österreich	30.874	0,4
Portugal	2.013	0,0
Finnland	15.379	0,3
Schweden	37.246	0,4
Vereinigtes Königreich	674.827	1,1

Daten: Labour mobility within the EU (Juli 2011)



Internationaler Austausch

Junge Akteure auf dem Gebiet Migration und Integration bleiben vernetzt

Nach vier Jahren ist das Projekt, in dessen Rahmen das Transatlantic Forum on Migration and Integration (TFMI) entstanden ist mit einer Tagung in Toronto zu Ende gegangen. Das von der Robert-Bosch-Stiftung unterstützte und vom German-Marshall-Fund durchgeführte Projekt hatte sich zum Ziel gesetzt, junge Akteure auf dem Gebiet Migration und Integration – die gleichermaßen aus der Wissenschaft und der Praxis kommen – international zu vernetzen.

Auf insgesamt fünf Tagungen und zwischenzeitlichem Austausch wurden aktuelle Entwicklungen diskutiert, konkrete Handlungsmöglichkeiten entwickelt

und Aktivitäten angeregt, die als Spin-offs weiter bestehen. Für das DGB Bildungswerk war Daniel Weber beteiligt. Thema der Tagung in Toronto war das kanadische Einwanderungssystem mit dem seit 1967 wirksamen Punktesystem. Die Gesellschaft ist nach wie vor tolerant gegenüber Zuwanderern. Ein Kernpunkt für Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe. Das schlägt sich zum Beispiel in einem durchlässigen Bildungssystem nieder. Eine kulturelle Integration oder gar Leitkultur ist keine Zielsetzung.

Allerdings muss auch in Kanada weiter an der Integration gearbeitet werden. So sind bei den Ureinwohnern (First Nations) oder auch schwarzen Frauen Benachteiligungen belegbar. Das System ist stark auf Neuzuwanderer ausgerichtet. Nachholende Integra-

tion wird eher personalisiert, was bei Problemen zu Schuldzuweisungen an die Betroffenen führen kann.

Die Tagung bot die Möglichkeit, das kanadische Einwanderungssystem hautnah kennenzulernen und dies auch vor dem Hintergrund von Erfahrungen aus anderen Ländern zu diskutieren. In diese Diskussionen konnten – wie im Projekt insgesamt – von Seiten des DGB Bildungswerk gewerkschaftliche Positionen und eine Arbeitsmarktperspektive eingebracht werden. Das wird auch weiterhin geschehen, da das TFMI in veränderter Form weiterlaufen soll und natürlich die Netzwerkbeziehungen bestehen bleiben.

Weitere Informationen gibt es bei Daniel Weber:
Daniel.Weber@dgb-bildungswerk.de

Diskriminierung beeinträchtigt Integration

Studie des Zentrums für Türkeistudien

Das Zentrum für Türkeistudien (ZfT) fertigte im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) eine Expertise an, die sich mit der Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration beschäftigt. Obwohl bereits im Dezember 2011 fertig gestellt, veröffentlichte die ADS die Arbeit mit dem Titel „Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration – Analyse bestehender Forschungsstände“ erst im August 2012 auf ihrer Website. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl gefühlte Dis-

kriminierung als auch tatsächliche Benachteiligung die gesellschaftliche Integration sowie die Integrationsbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund beeinträchtigen.

Beispielsweise können durch Diskriminierungserfahrungen Reethnisierungsprozesse ausgelöst werden, das heißt eine verstärkte Rückbesinnung auf die Werte und Normen der Eigengruppe wird ausgelöst, die Distanz zur Aufnahmegerügschaft kann dabei – bei stark abweichenden Werten und Normen – wachsen. Außerdem kann Benachteiligung die In-

tegration am Arbeitsmarkt be- oder verhindern, das Armutsrisko erhöhen und soziale Teilhabe beeinträchtigen. Auch kann ein Zusammenhang zwischen Diskriminierung und Krankheit erkannt werden. Menschen mit Migrationshintergrund leiden weitaus häufiger unter psychosomatischen und psychischen Erkrankungen als Inländer.

Weitere Informationen findet man im Internet unter:
www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/expertise_ZfT/wechselwirkung_zw_diskr_u_integration.pdf?__blob=publicationFile

Klaus J. Bade als SVR-Vorsitzender verabschiedet

„Die Einwanderungsgesellschaft hat auch in Deutschland einen düsteren kommunikativen Untergrund“

Am 30. August 2012 wurde Klaus J. Bade als Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin verabschiedet. Der emeritierte Osnabrücker Hochschullehrer leitete den SVR von 2008 bis 2012. In einer Laudatio würdigte Dieter Oberndoerfer von der Universität Freiburg das Wirken Bades und sein wissenschaftliches und moralisches Engagement. Ein Fazit Oberndoerfers: „In unseren Einstellungen gegenüber Zuwanderern geht es letztlich um die humane Qualität unserer Republik.“

Der Geehrte nutzte seine Verabschiedung zu einem kurzen Rückblick und griff aktuelle fremdenfeindliche Tendenzen auf: „Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und neuer Nationalsozialismus kristallisieren zentral an Themenfeldern, für die der SVR zuständig ist: Aggressionsobjekte sind Migration, Integration und Minderheiten, hier besonders der Islam und die in Deutschland heute mehr als vier

Millionen Menschen umfassende Gruppe der Muslime. Die Einwanderungsgesellschaft hat auch in Deutschland einen düsteren kommunikativen Untergrund. ... Hier wabert seit Langem ein minderheitenfeindlicher völkischer Sumpf, dessen argumentative Schlingengewächse immer gefährlicher und sichtbarer wurden. In der Vergrößerung der Argumente von Integrations- und Islamkritik tobts in millionenfach angeklickten Internetblogs ein gefährlicher Kampf um Deutungshoheiten.“

Mit Blick auf die Morde des NSU verwies Bade darauf, dass es „indirekte Ursache-Folge-Zusammenhänge zwischen Wortgewalt und Tatgewalt geben kann“. Es helfe nicht, wenn es zu spät ist, nämlich zur Tataufklärung, nach physischen Fingerabdrücken zu suchen. „Wir sollten vielmehr rechtzeitig, zur Tatprävention nämlich, nach geistigen Fingerabdrücken suchen.“

Solche Themen aufzugreifen – so Bade – müsse kein zentrales Aufgabenfeld des SVR sein. „Aber niemand kann sagen, das alles habe nichts mit den Titelbegriffen des Sachverständigenrates ‚Integration und Migration‘ zu tun.“

Die Reden von Klaus J. Bade und Dieter Oberndoerfer können im Internet heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/bade_rueckblick
www.migration-online/oberndoerfer_laudatio-bade

TERMINE

Fachgespräch: 19.10.2012

Arbeitsmarktpolitisches Fachgespräch für Jobcenter
Ort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Fachgespräch: 09.11.2012

Arbeitsmarktpolitische Fachgespräche für private Betriebe und Verwaltungen
Ort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Tagung: 16.11.2010

Europäische Migrationsgespräche: Migration und Globalisierung
Ort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf



Jugendliche mit Migrationshintergrund in Ausbildung – mancherorts Entspannung, aber noch lange keine Entwarnung

© Dr. Mona Granato



Kommentar von Dr. Mona Granato, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

Zwar sind die Zeiten rasant steigender Schulabgängerzahlen und stetig sinkender betrieblicher Ausbildungsplätze vorbei. Doch von einer globalen Entspannung kann dennoch nicht die Rede sein. Dafür sind die Unterschiede in den Branchen und Regionen noch immer zu groß. In manchen Regionen und Ausbildungsberufen, gerade in Ostdeutschland hat die demografische Wende bereits konkrete Gestalt angenommen: Händeringend suchen Betriebe Auszubildende, insbesondere in Ausbildungsbereichen, die von den Jugendlichen als weniger attraktiv eingeschätzt werden. In anderen Regionen und Ausbildungsbereichen hingegen suchen nach wie vor Jugendliche händeringend einen Ausbildungsbetrieb.

In der Vergangenheit hatten gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden, auch bei gleichen schuli-

schen Qualifikationen wie Nicht-Migranten. Selbst von den ausbildungsmotivierten und ausbildungsreifen Bewerbern mit Migrationshintergrund mit mittlerer Reife fanden 2010 weniger als ein Drittel (29 %) einen Ausbildungsplatz, dagegen fast die Hälfte (48 %) der Bewerber ohne Migrationshintergrund. Jugendliche mit Migrationshintergrund könnten, so neuere Untersuchungen, beim Zugang in Ausbildung auch künftig benachteiligt sein, wenn Betriebe ihr Rekrutierungsverhalten nicht ändern. Zudem leben sie überproportional häufig in Regionen mit einer ungünstigen Ausbildungsmarktlage, z.B. im Ruhrgebiet, was ihre geringeren Chancen aber nicht abschließend erklären kann. Es verwundert daher schon sehr immer wieder aus den Medien zu erfahren, dass Betriebe dazu übergehen Jugendliche aus dem Ausland zu rekrutieren, statt verstärkt Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die bereits hier leben eine Ausbildungschance zu geben. Denn ihr Potenzial als zentrale Qualifikationsreserve für die Wirtschaft in Deutschland müsste nur wahrgenommen werden.

Angesichts des demografischen Umbruchs wären Betriebe gut beraten, bereits heute auf ihr Qualifikationspotenzial zurückzugreifen, aus betrieblichem Eigeninteresse. Bei regionalen oder sektoralen Engpassen haben Betriebe, die die Anforderungen an ihre künftigen Auszubildenden realistisch formulieren bereits heute einen Wettbewerbsvorteil, um erfolgreich Auszubildende zu finden. Betriebe, die heute schon Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden machen sich fit für die Zukunft und sammeln Erfahrung mit dieser Zielgruppe und der

Ausbildung heterogener Lerngruppen. Sie nutzen hierfür vielfältige Möglichkeiten Jugendliche mit Migrationshintergrund, z.B. durch ein Praktikum näher kennenzulernen und dadurch möglichen Vorurteilen im betrieblichen Umfeld bereits frühzeitig entgegenzuwirken.

Alles könnte einfacher sein, wenn erheblich mehr Unternehmen als heute – rund 23 % – eine betriebliche Ausbildung anbieten würden. Schulabgänger aller Herkunft wären versorgt, junge Erwachsene mit Migrationshintergrund blieben nicht rund doppelt so oft wie diejenigen ohne Migrationshintergrund ohne berufliche Ausbildung und damit ohne reelle Chance auf dem Arbeitsmarkt und die Wirtschaft könnte auf mittlere Sicht ihren Bedarf an Fachkräften auf der mittleren Qualifikationsebene decken. Alle könnten hiervon profitieren. Das hat auch das Institut der deutschen Wirtschaft herausgefunden: Bereits eine Halbierung der Qualifikationsunterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland würde die Wachstumsdynamik in Deutschland erhöhen und der öffentlichen Hand zusätzliche Einnahmen von 164 Milliarden Euro einbringen – ein für alle lohnendes Ziel.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

